

folgte der Mißtrauische vom 5. Stock des Hochhauses am Bonner Tulpenfeld, wie Kanzler und Kanzlerberater die innerdeutsche Politik durchsetzten. Wetzel, zum Statisten degradiert, begab sich in die innere Emigration: „Ich bin keiner, der alles prima findet, sondern auf die Haken aufmerksam macht.“

Voller Haken war eine Affäre, in die der „aufgeregte Wichtiguer“ („Stuttgarter Zeitung“) selbst verstrickt war. Mitte 1969 verhandelte die Stadt Kassel mit ihrem prominenten Sohn über ein 63 Quadratmeter großes Grundstück, das für eine Straßenverbreiterung gebraucht wurde. Als sich Kommune und Staatssekretär über den Preis nicht einigen konnten — die Querelen währten schon fast zehn Jahre —, wurde eine Kommission beauftragt, den Wert des Wetzelschen Anwesens zu schätzen. Und als die Experten für die 63 Quadratmeter die unrunde Summe von 111 600 Mark festsetzten, war Wetzel-Anwalt Wolfgang Ziegler zufrieden: „Damit wären unsere Erwartungen durchaus erfüllt gewesen.“

Dem Regierungspräsidenten gingen Erwartung und Schätzung zu weit, er bot Wetzel 50 000 Mark an, die freilich noch immer seinen eigenen Parteifreunden — darunter Georg Leber — zuviel schienen. Das Landgericht Kassel entschied schließlich, 13 841 Mark seien auch genug.

Weder SDS-Affäre, Lust auf Geld noch die politische Distanz zur Mutterpartei hinderten Verteidigungsminister Schmidt, den Staatssekretär in sein Haus zu holen. Schon einen Monat vor Wetzels erstem Tag auf der Hardthöhe legte Schmidt auf die Feststellung Wert: „Im übrigen war es der Chef des Bundeskanzleramtes, der mich als erster auf die Eignung Wetzels für dessen neues Amt hingewiesen hat.“

Schon bald bereute Schmidt, dem Rat von Kanzleramtsminister Horst Ehmke gefolgt zu sein. Der „eingebildete Einspänner“ (Verteidigungsstaatssekretär Ernst-Wolf Mommsen über Kollege Wetzel) weigerte sich, in Schmidts Führungsteam mitzumachen. Er fehlte regelmäßig bei den dienstäglichen Abteilungsleiterbesprechungen (Mommsen: „Statt dessen war der immer bei der Lage im Kanzleramt, wo sowieso nichts passiert“) und verstrickte sich in einen Kompetenzkrieg mit dem Schmidt-Intimus Mommsen. Selbst an Beamtenfleiß soll es Wetzel gemangelt haben, so daß Mommsen „die Vorgänge von dem meist auch noch mit unterschrieb“.

Wetzel verdarb es sich dermaßen mit den Verteidigungsgenossen, daß er schließlich auch von Vorgängen im eigenen Arbeitsbereich ausgeschlossen war. So, als der griechische Jura-Professor Mangakis mit einer Maschine der Hardthöhe aus dem Obristen-Staat herausgeholt wurde. Wetzel, der sich als Staatssekretär für die Flugbereitschaft des Ministeriums zuständig glaubte, er-

fuhr von dem Coup erst hinterher — aus der „Bild“-Zeitung.

Vollends unten durch fiel Wetzel bei Schmidt und Mommsen, als seine engen Kontakte zur Opposition, vornehmlich zum CDU-MdB Egon Klepsch, publik wurden. Der Staatssekretär geriet in Verdacht, die Union — wenn auch aus Geschwätzigkeit — für kleine Anfragen gegen das Verteidigungsministerium gespickt zu haben. Der Geschaßte am vergangenen Donnerstag zu solchen Vorwürfen: „Ich war doch nicht Staatssekretär der SPD, ich hatte mit allen politischen Parteien zusammenzuarbeiten. Ich habe an Herrn Klepsch nicht mal vertrauliche Papiere weitergegeben.“

Als eine neue Eskapade des ungeliebten Genossen mit der in Bonn anstehen-



Entlassener Staatssekretär Wetzel
„Da hab' ich's getan“

den Regierungsumbildung zusammenfiel, zögerte Schmidt nicht, Wetzel zu wippen. Diesmal hatte der geltungsbedürftige Verteidigungsbeamte seinen Algarve-Urlaub mit politischen Freiübungen verschönt.

Geschmeichelt gab er einem General des portugiesischen Verteidigungsministeriums die Ehre, der ihm an seinem Ferienort die Willkommensgrüße des rechten Regimes in Lissabon überbrachte. Geschmeichelt auch empfing er eine Einladung des portugiesischen Außenministers zu einem inoffiziellen Mittagessen — im Gegensatz zu „ganz klaren Weisungen des Ministers, gewisse Dinge nicht ohne Abstimmung mit dem AA zu tun“ (Mommsen).

Zu den „gewissen Dingen“ gehört der Wunsch der portugiesischen Kolonialherren, Bonn möge seine Liefersperre für Waffen an den Nato-Partner aufheben. Die Bundesregierung ist dazu nur bereit, wenn der Endverbleib des Kriegsgeräts auf der iberischen Halbinsel gesichert ist und keine Gefahr be-

steht, daß bundesdeutsche Kanonen und Bomben gegen Unabhängigkeitskämpfer in den portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique eingesetzt werden.

So handelte sich Wetzel ein barsches Nein seines gerade in der Türkei weilenden Ministers ein, den er via Bonn um Erlaubnis für das Außenminister-Mittagessen hatte anrufen lassen. Wütend über Wetzels Flirt an der Algarve beschloß der Minister, den Rausschmiß des Staatssekretärs zu betreiben.

Pikiert beharrt Wetzel heute noch darauf, sich „völlig korrekt“ verhalten zu haben und von Schmidt ungerecht behandelt worden zu sein. Und ebenso fest ist er entschlossen, auf seiner politischen Überzeugung zu bestehen. Wetzel Ende letzter Woche: „Meine Auffassungen werde ich weiter vertreten, gleich bei welcher Partei.“ Einen Wechsel zur CDU schließt er nicht aus: „Aber ich habe mich noch nicht entschieden.“

Ob und wann Wetzel sein Heil bei der Christenunion sucht, vermochte selbst Madame Buchela nicht zu deuten. Die Seherin zum SPIEGEL: „Ich kann leider nichts sagen. Ich bin krank, ich liege im Bett.“

BODENRECHT

Eigentum geläutert

Die SPD will mit einem neuen Bodenrecht, das den städtischen Bodenwucher entscheidend einschränken soll, in den Wahlkampf ziehen.

Bei den linken Genossen stimmte das Feindbild nicht mehr. Irritiert ging der südhessische Jungsozialist Jörg Jordan in der Bonner SPD-Baracke auf den bayrischen Juso-Gegner, den einstigen Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, zu und staunte: „Ich verstehe gar nicht, warum sich deine Jusos mit dir streiten.“

Die ungewöhnliche Allianz von Rechten und Linken in der Sozialdemokratischen Partei hatte Bonns Wohnungsbauminister Lauritz Lauritzen, neuerdings auch für Verkehr und Post zuständig, zusammen mit Bremens Regierungschef Hans Koschnick gestiftet. Unter ihrem Vorsitz hat sich nach monatelangen Diskussionen in der vorigen Woche eine vom SPD-Vorstand eingesetzte „Kommission für Bodenrechtsreform“ mit 30 Mitgliedern aus Bund, Ländern, Kommunen und der — meist in diesen Kreisen lästigen — Junggenossenschaft auf ein gemeinsames Papier geeinigt.

In einem 42seitigen Konzept haben die Kommissionäre Ideen zur Enteignung und Besteuerung von Bodenwuchern und Grundstücksspekulanten entwickelt. Mit ihren Plänen, die am Freitag dieser Woche als innenpolitische Wahlkampfküßler vorgestellt werden

sollen, haben die Sozialdemokraten erstmals ihre Kampfmethoden gegen das gesellschaftspolitische Hauptübel in den Großstädten konkretisiert.

Jusos und eher konservative Altgenossen schlossen einen Kompromiß, bei dem auf die totale Kommunalisierung von städtischem Grund verzichtet und dennoch die schrankenlose Ausnutzung des Bodeneigentums begrenzt werden soll. Lauritzens Bilanz: „Die Jusos mußten nach rechts, die anderen nach links.“ Nach dem neuen Programm der Mitte soll

- ▷ in städtischen Ballungs- und Problemzonen das „Verfügungseigentum“ — gegen Entschädigung — an die Kommunen übergehen; dem bisherigen Alleineigentümer bleibt nur ein Nutzungsrecht;
- ▷ ein Grundstückseigentümer, dessen Land „schon durch die bloße Aussicht auf eine zukünftige bessere Ausnutzbarkeit ohne Leistung der Eigentümer oft um ein Mehrfaches der Ausgangswerte“ teurer wird, den unverdienten Vermögenszuwachs als „Planungswertausgleich“ an das Finanzamt abführen;
- ▷ auch jede außergewöhnliche sonstige „leistungslose Wertsteigerung“ durch eine Bodenwertzuwachssteuer laufend abgeschöpft werden, gleichgültig ob die Gewinne durch den Verkauf realisiert werden oder nicht.

Mit eindrucksvollen Beispielen begründen die Bodenreformer ihre Vorschläge. Münchner Grundbesitzer verbuchten beispielsweise von 1950 bis 1971 Wertsteigerungen um durchschnittlich 2830 Prozent.

Eine derartige Lage-Rente fällt jedoch höchstens 800 000 der zehn Millionen westdeutschen Immobilienbesitzer zu. Lauritzen entrüstet sich: „Tag für Tag werden einigen wenigen Eigentümern leistungslose Millionengewinne zugeschwemmt. Der Bodenmarkt darf deshalb nicht länger einem Glückspielautomaten gleichen.“

Um die Zufallsreichtümer wenigstens etwas zu dezimieren, sollen die Kommunen nach den SPD-Plänen kraft Gesetzes Verfügungseigentümer urbaner Fluren in „Problemzonen“ wie den Stadtkernen werden. Sie müssen allerdings eine Entschädigung zahlen, die sich nach dem Verkehrswert richtet.

Sofern die Städte die Grundstücke nicht für eigene, gemeinnützige Zwecke verplanen, bleibt dem bisherigen Arealsieger das Recht zur Nutzung — freilich nach den Auflagen der Städteplaner und gegen Zahlung eines Entgelts an die Stadtkasse. Er kann auf städtischem Grund beispielsweise ein Bürohaus errichten, das ihm allein gehört und das er auch rentierlich verpachten oder vermieten kann. Verkaufen darf er



Bodenreformer Vogel
„Wir müssen in die Offensive gehen“

das Objekt nur mit Zustimmung der Kommune.

Münchens Vogel sucht besitzbürgerliche Ängste vor der Sozialisierung abzubauen: „Ich glaube, daß in den Verdichtungsgebieten ein Bewußtsein für unsere Absichten da ist. Man muß den Leuten nur klarmachen, daß öffentliches Eigentum für ihre Existenz mindestens genausoviel wert ist wie privates.“ Und Juso Jordan, Vorsitzender des Wiesbadener Finanzausschusses, wiegelt ab: „Bei diesem System verliert niemand das Nutzungsrecht an seinem Eigentum, wohl aber die Ausbeutungschancen, die ihm städtische Planungen kostenlos beschieren.“

Damit in Zukunft den Spekulanten das Geschäft gründlich verdorben wird, soll der Fiskus mit dem „Planungswertausgleich“ schon zupacken, wenn durch erste Indiskretionen aus den Rathäusern über öffentliche Bauprojekte die Boden-

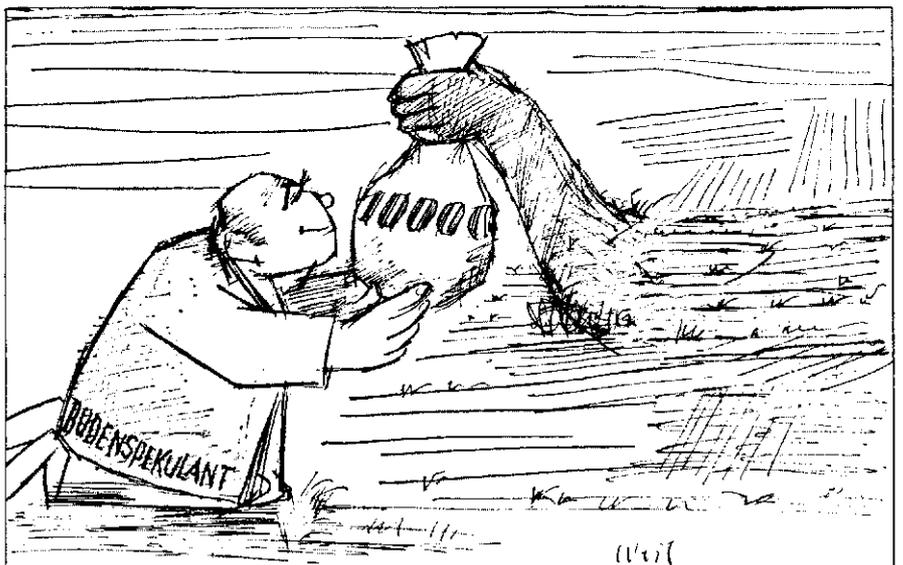
preise hochschnellen. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung eines Bebauungsplanes soll jeder Wertzuwachs abgesehen werden, der dem Eigner seit Planungsbeginn zugewachsen ist. Denn in Stuttgart etwa konnten dank öffentlicher Infrastrukturverbesserungen zwischen 1960 und 1970 rund 6000 Grundstückseigentümer einen Wertgewinn von etwa einer Milliarde Mark einstreichen, dreimal soviel wie die Stadt nach dem Krieg für den Schulbau ausgab.

Die These der Kommission: „Solche Zufallsgewinne aufgrund öffentlicher Planungsentscheidungen und Investitionen widersprechen dem Prinzip der Gleichbehandlung aller Bürger.“

Auch nach Abschluß der Planungsphase soll die Bodenwertzuwachssteuer (progressive Tarife, die von 20 auf 60 Prozent ansteigen) ständig alle außergewöhnlichen Profite abschöpfen — beispielsweise auch den Extragewinn, der einem Kaufhauskonzern durch eine neuerbaute U-Bahn-Station vor der Haustür zufließt. Die Kommission will die Gemeinden „zum Teilhaber an den Wertsteigerungen, die letztlich durch sie bewirkt werden“, machen.

Jene Kleinbesitz-Bürger — etwa die 6,5 Millionen Inhaber von Eigenheimen und Eigentumswohnungen und die 1,2 Millionen Landwirte —, die seit je gegen jede Art von Eigentumsreform aufgewiegelt wurden, sollen von dem staatlichen Zugriff verschont bleiben. Denn nach dem neuen Konzept wird durch partielle Enteignung nur die „mißbräuchliche Ausnutzung individueller Rechte an Flächen“ verhindert, „denen eine Schlüsselfunktion im Rahmen der Stadtentwicklung zukommt“.

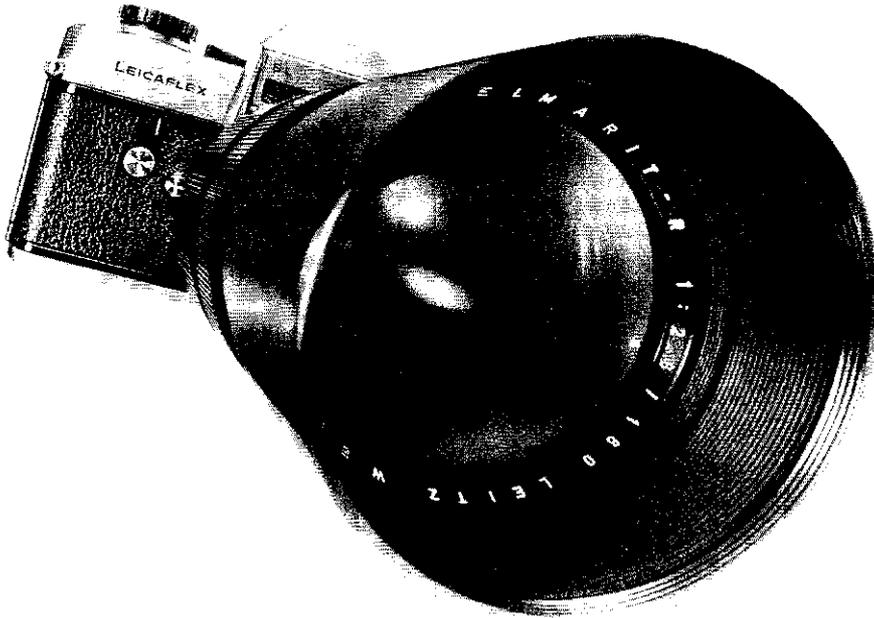
Die geplante Bodenwertzuwachssteuer, die auch außerhalb der Stadtkerne zugreifen soll, wurde durch Sozialklauseln entschärft. Durch Freibeträge (fünf Prozent des jährlichen Zuwachses) und Freigrenzen (10 000 Mark pro Ehepaar



„Sich nicht regen bringt auch Segen!“

Vorwärts

Die Herausforderung an Können und Phantasie



LEICAFLEX SL

Nehmen Sie die Herausforderung an. Damit Ihr Leben zum Er-leben wird. Entdecken Sie Ihre Umwelt im Sucherbild der LEICAFLEX. Halten Sie den Augenblick fest, wenn er am schönsten und reizvollsten ist, am aufregendsten oder auch nur ganz alltäglich. Lassen Sie Können und Phantasie freien Lauf. Die LEICAFLEX hält immer mit. Deshalb sollten Sie sich über die besonderen Möglichkeiten dieser berühmten Kamera unterrichten, über die technischen Eigenschaften, die Vorteile der selektiven Lichtmessung und die Vielfalt der modernen LEICAFLEX-Objektive. Bei Ihrem LEITZ-Fachhändler oder direkt bei uns.

Sie haben mich neugierig gemacht.
Deshalb möchte ich mehr wissen über die
LEICAFLEX SL.

Name: _____ Beruf: _____

Ort: _____ Straße: _____

Ernst Leitz GmbH, 633 Wetzlar, Informationsdienst 71



Maßstab für optische Präzision

und 2500 Mark je Kind) erreichen die SPD-Bodenreformer, daß nach Experten-Schätzung allenfalls ein Prozent der Eigentümer geschröpft wird. Das Ackerland der Bauern darf steuerunschädlich jedes Jahr um sechs Prozent wertvoller werden.

Trotzdem könnten sich die Sozialdemokraten mit diesen Plänen — gerade im Wahlkampf der nächsten Monate — erneut den Vorwurf von seiten der CDU/CSU einhandeln, sie forderten nach Kommunisten-Manier die Abschaffung des Eigentums und der freien Marktwirtschaft.

Die SPD-Gesetzesplaner waren sich denn auch uneins, ob sie die Partial-Enteignung der City-Grundstücke schon für die nächste Legislaturperiode — im Falle eines SPD-Wahlsieges — avisieren sollten oder erst für 1980.

Für das Gesamtprogramm rechnen sie jedenfalls mit dem „geläuterten Eigentumsverständnis“ der städtischen Wähler, die tagtäglich „die Verödung unserer Innenstädte, die Verdrängung der Wohnbevölkerung aus den Innenstadtgebieten, die Zerstörung schutzwürdiger alter Bausubstanzen“ (Kommissionspapier) erleben.

Eigentums-Reformer Vogel macht sich froh: „Wir müssen in die Offensive gehen. Die von der CDU/CSU müssen gewaltig arbeiten, um den Leuten klarzumachen, der Vogel sei ein Kommunist.“

STAATSSSEKRETÄRE

Geschätzter Außenseiter

Mit seinem Staatssekretär Mommsen nahm Helmut Schmidt einen Industrie-Manager ins Wirtschaftsministerium, der auch von den Gewerkschaften geschätzt wird.

Ernst Wolf Mommsen zeigte sich wählerisch — bei der Suche nach einem neuen Büro.

An dem im Erdgeschoß des Wirtschaftsministeriums gelegenen Zimmer des zurückgetretenen Schiller-Staatssekretärs Johann Baptist Schöllhorn mißfiel dem Gehilfen des neuen Wirtschafts- und Finanzministers Schmidt die unattraktive Lage. An dem einen Stock höher gelegenen Büro des vor einem dreiviertel Jahr demissionierten Philip Rosenthal kritisierte er das avantgardistische Interieur.

Zögernd traf Ernst Wolf Mommsen seine erste Führungsentscheidung im neuen Haus: Das weiße Plastik-Mobiliar wurde aus dem einstigen Rosenthal-Studio entfernt, die unauffälligen Büromöbel aus Schöllhorns Zimmer in den ersten Stock gehievt.

Dort, nur wenige Meter vom Ministerzimmer entfernt, glaubt Mommsen am ehesten die Rolle ausfüllen zu kön-